



Peter Moser

## Keine Grundstufe – dafür transparente Mieten

Eine Analyse der Resultate der kantonalen Abstimmungen vom 25.11.2012

Mit durchschnittlich 34.4% war die Stimmbeteiligung an diesem primär kantonalen Vorlagen gewidmeten Abstimmungssonntag erwartungsgemäss tief, auch wenn keine Negativ-Rekorde gebrochen wurden wie in der Schweiz insgesamt. In diesem Zusammenhang mitteilenswert ist jedoch, dass die Bundesvorlage, die Revision des Tierseuchengesetzes, mit einem Ja-Stimmenanteil von 67.2% deutlich angenommen, eine leicht niedrigere Stimmbeteiligung aufwies als die vier kantonalen Vorlagen im Schnitt. In den vergangenen zehn Jahren war an kantonal/eidgenössischen Zwillingsterminen die Durchschnittsbeteiligung der Bundesvorlagen immer höher als jene der kantonalen. Das Partizipationszugpferd war diese veterinärmedizinische Vorlage demnach gewiss nicht, eher muss man diese Rolle ausnahmsweise den kantonalen Geschäften zubilligen. Diese sind deshalb auch Gegenstand dieser Analyse.

Von den vier kantonalen Vorlagen gehörten je zwei thematisch zusammen. Abstimmungstechnisch gekoppelt, da nicht beide gleichzeitig in Kraft treten konnten, waren selbstverständlich die Umsetzungsvorlage zur prima-Initiative und der Gegenvorschlag des Kantonsrats. Erstere sah eine flächendeckende Einführung der Grundstufe – eine Verbindung des Kindergartens mit der ersten Klasse – vor, letzterer eine freiwillige Einführung durch die Schulgemeinden. Abgelehnt wurden sie freilich beide, mit Ja-Stimmenanteilen von 28.7% bzw. 45.2%. Es bleibt im Kanton Zürich also beim traditionellen Modell des von der Schule getrennten Kindergartens. Und zwar flächendeckend.

Bloss sachlich war der Zusammenhang zwischen den beiden Vorlagen zur Stärkung des Mieterschutzes. Die Initiative „Rechtsschutz für alle“, welche das Mietgericht gebührenfrei machen wollte, wurde mit 40.2% Ja-Stimmenanteil abgelehnt. Knapp angenommen (52.3% Ja-Stimmen) wurde hingegen die Initiative „Transparente Mieten“, welche die Formularpflicht zur Offenlegung von Anpassungen bei der Anfangsmiete forderte, wenn der Leerwohnungsbestand weniger als 1.5% beträgt, was gegenwärtig der Fall ist. Sie bestand im Kanton Zürich bereits von 1994 bis 2003, bevor sie am 9. Februar jenes Jahres mit immerhin 56.5% Ja-Stimmenanteil abgeschafft wurde.

Kantonal aggregierten Schlussresultaten lässt sich das Niveau der Zustimmung in der aktiv teilnehmenden Stimmbürgerschaft zu einer Vorlage entnehmen. Sie erlauben aber keine Aussage dazu, wovon die Zustimmung abhängt, bzw. wer wie abgestimmt haben könnte. Etwas weiter hilft für diese Fragestellung der Umstand, dass aus 171 Gemeinden unterschiedliche Resultate verfügbar sind. Diese Varianz ist die Voraussetzung für unsere Aggregatsdatenanalysen, bei denen diese Resultate mit weiteren gemeindeweise verfügbaren Indikatoren statistisch kombiniert werden.<sup>1</sup> Grundsätzlich gilt, dass die Aussagekraft einer

<sup>1</sup> Bei jeder Aggregatsdatenanalyse auf Gemeindeebene besteht die Gefahr, in die Falle der sogenannten "ecological fallacy", des ökologischen Fehlschlusses, zu tappen. Nur eine sorgfältig durchge-

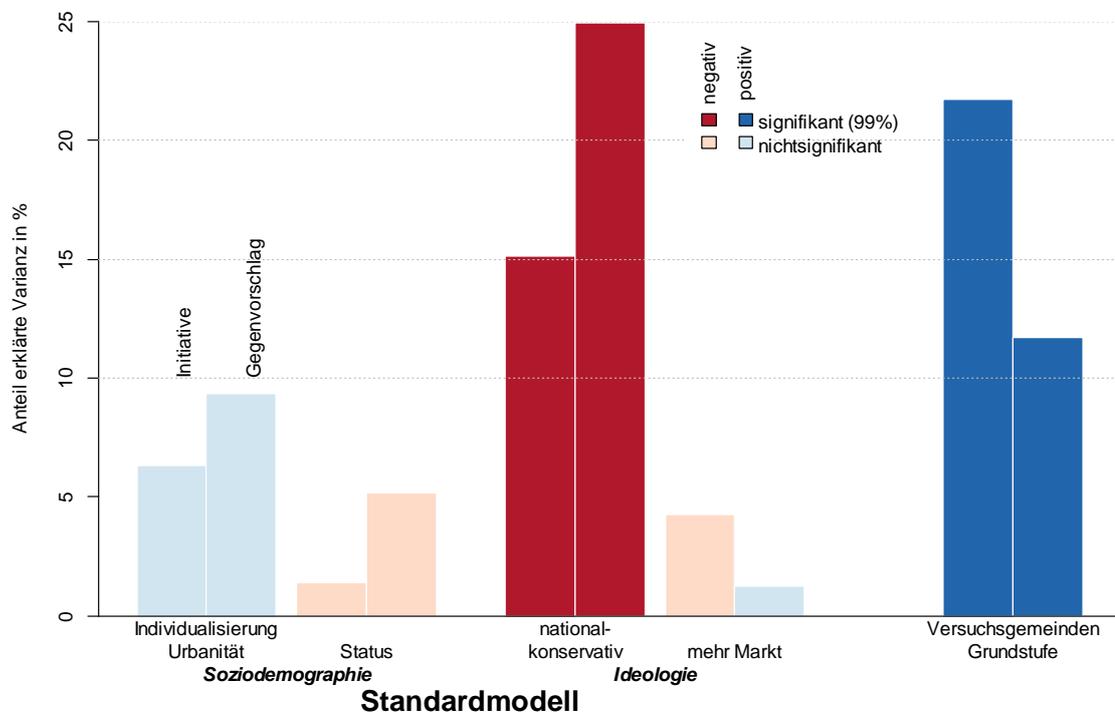
Aggregatsdatenanalyse gemessen an ihrem statistischen und inhaltlichen Erklärungsgehalt in aller Regel zunimmt, je stärker die Ja-Stimmenanteile in den Gemeinden streuen. Diesbezüglich sind die Voraussetzungen an diesem Abstimmungssonntag bei allen vier kantonalen Vorlagen überdurchschnittlich gut, aussagekräftige Resultate sind also zu erwarten.

Die Grundstufe als Zankapfel von Konservativen und Progressiven

Die Gemeinderesultate der beiden Schulvorlagen korrelieren – wie das bei Vorlage und Gegenvorschlag in der Regel der Fall ist – relativ stark miteinander ( $r=0.67$ ), und zwar positiv: Je höher der Ja-Stimmenanteil für die prima-Initiative, desto höher war tendenziell auch jener für den Gegenvorschlag. Die Vorlagen wurden also nicht als konkurrierend wahrgenommen.<sup>2</sup> Der Gegenvorschlag war eine gemilderte Version der Initiative, welcher für die meisten ihrer Befürworter nach dem Motto "Lieber der Gegenvorschlag als gar nichts" ebenfalls akzeptabel war. Umgekehrt war der Gegenvorschlag für einige der Initiativgegner wohl ein vertretbarer Kompromiss. Die Zustimmung für den Gegenvorschlag übertraf übrigens in sämtlichen Gemeinden jene für die Initiative.

Grafik 1: Einflussfaktoren der Zustimmung zu den Schulvorlagen

Resultat eines multivariaten Regressionsmodells des Ja-Stimmenanteils der Schulvorlagen,  $n = 171$  Gemeinden des Kantons Zürich, insgesamt erklärte Varianz ( $R^2$ ) = 49% (prima-Initiative), bzw. 52% (Gegenvorschlag)



Lesehilfe: Die Höhe der Säulen veranschaulicht die relative Bedeutung der verschiedenen Einflussfaktoren in Prozent der Gesamtvarianz der abhängigen Variablen, d.h. des Ja-Stimmenanteils der beiden Schulvorlagen. Die Säule rechts gibt die Resultate für die prima-Initiative, die Säule links jene für den Gegenvorschlag. Wir verwenden hier die sogenannte "lmg"-Metrik als Mass für die Effektstärke der Variablen (Grömping 2007, 2009). Ein Regressionsmodell, das 100% der Varianz „erklärt“, würde jedes Gemeinderesultat fehlerfrei reproduzieren. Die Farbe zeigt, ob der Zusammenhang **positiv** (je mehr, desto mehr) oder **negativ** (je mehr, desto weniger) ist. Die Intensität der Farbgebung lässt erkennen, ob der Zusammenhang signifikant ist oder nicht.

Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich.

fürte demoskopische Nachbefragung kann zeigen, welche Stimmbürger ein Ja und welche ein Nein einlegten. Dennoch sind die Erkenntnisse einer vorsichtig interpretierten Aggregatsdatenanalyse brauchbar – wobei die Erfahrung lehrt, dass die Resultate der beiden Analysemethoden, soweit vergleichbar, oft übereinstimmen.

<sup>2</sup> Für vertiefte Ausführungen zu den möglichen Paradigmen des Abstimmungsverhaltens bei Initiative und Gegenvorschlag sei auf Moser 2010 verwiesen, Dort wird die Thematik komparativ am Beispiel der eidgenössischen Ausschaffungsiniziative (November 2010) und der kantonalen Kinderbetreuungsiniziative (Juni 2010) diskutiert.

Dieser Zusammenhang der kommunalen Ja-Stimmenanteile der beiden Vorlagen impliziert auch, dass die Analyse der Resultate mit unserem Standardmodell ähnliche Resultate zeitigt (Grafik 1). Dieses berücksichtigt die zweidimensionale ideologische Ausrichtung der Politlandschaft des Kantons, wie auch wesentliche Aspekte der soziodemographischen Struktur – den Status und die Urbanität – einer Gemeinde.<sup>3</sup>

Signifikant und effektstark war in beiden Fällen nur die „kulturelle“ Achse der Politlandkarte des Kantons Zürich (Moser 2005, 2011). In den nationalkonservativen, SVP-geprägten Gemeinden fand das „Bildungsexperiment“<sup>4</sup> der Einführung der Grundstufe deutlich weniger Anklang als in den links-progressiven, wo die SP und die Grünen stark sind. Die Erklärungsdominanz dieses Gegensatzes ist im Übrigen typisch für Reformvorlagen des obligatorischen Bildungssystems. Der Streit über dessen Ausgestaltung wird seit jeher von dieser Konfliktlinie, einer „Querelle des Anciens et des Modernes“ gleichsam, geprägt.<sup>5</sup>

Werden die Versuchsgemeinden die Grundstufe vermissen?

In 25 Gemeinden des Kantons Zürich wurde die Grundstufe in einer oder mehreren Klassen versuchsweise eingeführt.<sup>6</sup> Wie stellte sich die dortige Stimmbürgerschaft, sozusagen die (beinahe) Direktbetroffenen zur Grundstufe?

Für eine statistische Analyse dieser Frage glücklich ist der Umstand, dass bei der Auswahl der Teilnehmergemeinden darauf geachtet wurde, „*dass Gemeinden mit unterschiedlichen sozioökonomischen Bedingungen aus ländlichen und städtischen Gebieten im Versuch vertreten sind*“ (vgl. Volksschulamt 2004). Für die bildungswissenschaftliche Evaluation des Versuchs war diese quasi-experimentelle Versuchsanordnung, mit der einer Verzerrung der Resultate durch den Kontext vorgebeugt wurde, vorteilhaft – sie erleichtert aber auch die politikwissenschaftliche Nachbereitung des Abstimmungsergebnisses.<sup>7</sup>

Um abzuklären, ob die Teilnahme einer Gemeinde am Versuchsbetrieb einen statistisch nachweisbaren – positiven oder negativen – Einfluss auf ihr Abstimmungsergebnis gehabt hat, ergänzen wir unser Standardmodell um eine entsprechende Variable. Dabei (siehe ebenfalls Grafik 1) zeigt sich: Die Zustimmung in den Versuchsgemeinden war bei beiden Vorlagen signifikant höher als in den übrigen Kommunen, und die Effektstärke ist vor allem bei der Initiative relativ bedeutend. In Zahlen ausgedrückt war die Zustimmung zu den beiden Vorlagen in den Grundstufengemeinden rund 7-8 Prozentpunkte höher als anderswo, selbst wenn man die anderen Faktoren mitberücksichtigt, welche einen Einfluss auf die Zustimmung hatten.

Selbstverständlich sollte man diesen Befund nicht überbewerten. Bei einer Aggregatsdatenanalyse werden Grössen über den gemeinsamen räumlichen Bezugsrahmen in Beziehung zueinander gebracht. Sie sind nicht wie bei einer Befragung auf der Ebene des Individuums gleichzeitig erfasst. Einen Mechanismus, über den diese Aggregatsgrössen auf Individual-ebene verknüpft sein könnten, kann man sich zwar mit etwas Fantasie ausmalen, belegbar ist er aber mit diesem Verfahren nicht. Dennoch kann unser Resultat als Indiz dafür gedeutet werden, dass die partizipierenden Stimmbürger der Gemeinden, in denen mit der Grundstufe bereits Erfahrungen gemacht wurden, der Reform positiver gegenüberstanden

<sup>3</sup> Die Motivation und die Variablen des multivariaten Modells, das den folgenden Aussagen zugrundeliegt, sind in Moser 2009 ausführlich beschrieben. Anwendungsbeispiele finden sich in vielen der seitherigen Abstimmungsanalysen des Statistischen Amtes.

<sup>4</sup> siehe das „erweiterte Argumentarium“ der Grundstufengegner ([www.grundstufe-nein.ch](http://www.grundstufe-nein.ch)).

<sup>5</sup> Beispiele aus den letzten Jahren wären etwa die kantonalen Abstimmungen über das Volksschulgesetz (5.6.2005, 70.4% Ja), die Volksinitiative „Nur eine Fremdsprache in der Primarschule“ (26.11.2006, 41.4% Ja), oder den Beitritt zum Harmos-Konkordat (30.11.2008, 62.4% Ja).

<sup>6</sup> Eine Übersicht auf der Projektseite „Grundstufe“ der Bildungsdirektion ([www.vsa.zh.ch](http://www.vsa.zh.ch)) zeigt, welche Gemeinden mit wievielen Klassen teilnahmen.

<sup>7</sup> Weil dadurch mehr oder weniger sichergestellt ist, dass zwischen der Teilnahme einer Gemeinde am Grundstufenversuch und den anderen Erklärungsvariablen in unserem Modell keine störenden Zusammenhänge bestehen. Diese Unabhängigkeit ist auch der Grund dafür, dass die Modellresultate für die vier Standardvariablen in Grafik 1 ziemlich genau gleich ausfallen, ob man nun die zusätzliche Variable (Zugehörigkeit zur Gruppe der Versuchsgemeinde ja/nein) hinzufügt oder nicht.

als die anderen, und dies ungeachtet ihrer politischen Ausrichtung oder ihres soziodemographischen Kontextes.

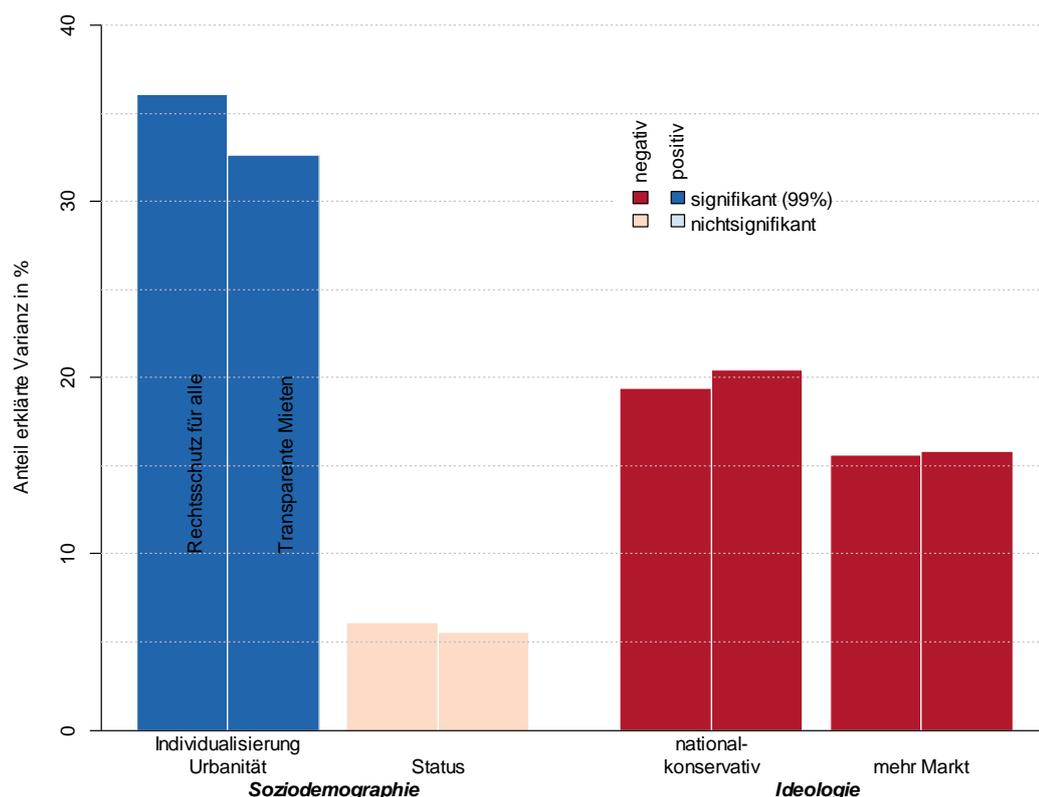
### Soziodemographie und Ideologie beeinflussen Haltung zum Mieterschutz

Im laufenden Jahr 2012 waren die (prospektiven) Hauseigentümer bereits drei Mal Zielgruppe eidgenössischer Abstimmungen: Im Februar und im Juni gab es Initiativen zum Bausparen und im September wurde auch noch „über sicheres Wohnen im Alter“ abgestimmt. Diese Vorlagen wurden freilich im Kanton Zürich allesamt abgelehnt.

Am vergangenen, dem letzten Abstimmungssonntag dieses Jahres kamen nun die Mieter, die ebenfalls über eine potente, initiativfähige Lobby verfügen, auch noch zum Zug, und dies gleich zweimal. Trotz des unterschiedlichen Niveaus der Zustimmung war der Zusammenhang zwischen den Ja-Stimmenanteilen der beiden Initiativen sehr eng ( $r=0.87$ ). Thematisch ging es für die Stimmbürger also im Wesentlichen wohl um dasselbe. Die Aussagen unseres Standardmodells für die beiden Vorlagen in Grafik 2 sind entsprechend analog.

Wie bereits in bei der „Wohnen im Alter“-Initiative (Moser 2012), dominiert auch bei diesen beiden Vorlagen als Erklärungsvariable eine soziodemographische Grösse. Es ist auch hier der Urbanitätsgrad – selbstverständlich mit umgekehrtem Vorzeichen. Je städtischer eine Gemeinde, desto höher der Ja-Stimmenanteil für beide Initiativen, je ländlicher desto niedriger.

Grafik 2: Einflussfaktoren der Zustimmung zu den Mieterschutzvorlagen  
Resultat eines multivariaten Regressionsmodells des Ja-Stimmenanteils,  $n = 171$  Gemeinden des Kantons Zürich, insgesamt erklärte Varianz ( $R^2$ ) = 77% (Rechtsschutz für alle) bzw. 74% (Transparente Mieten).

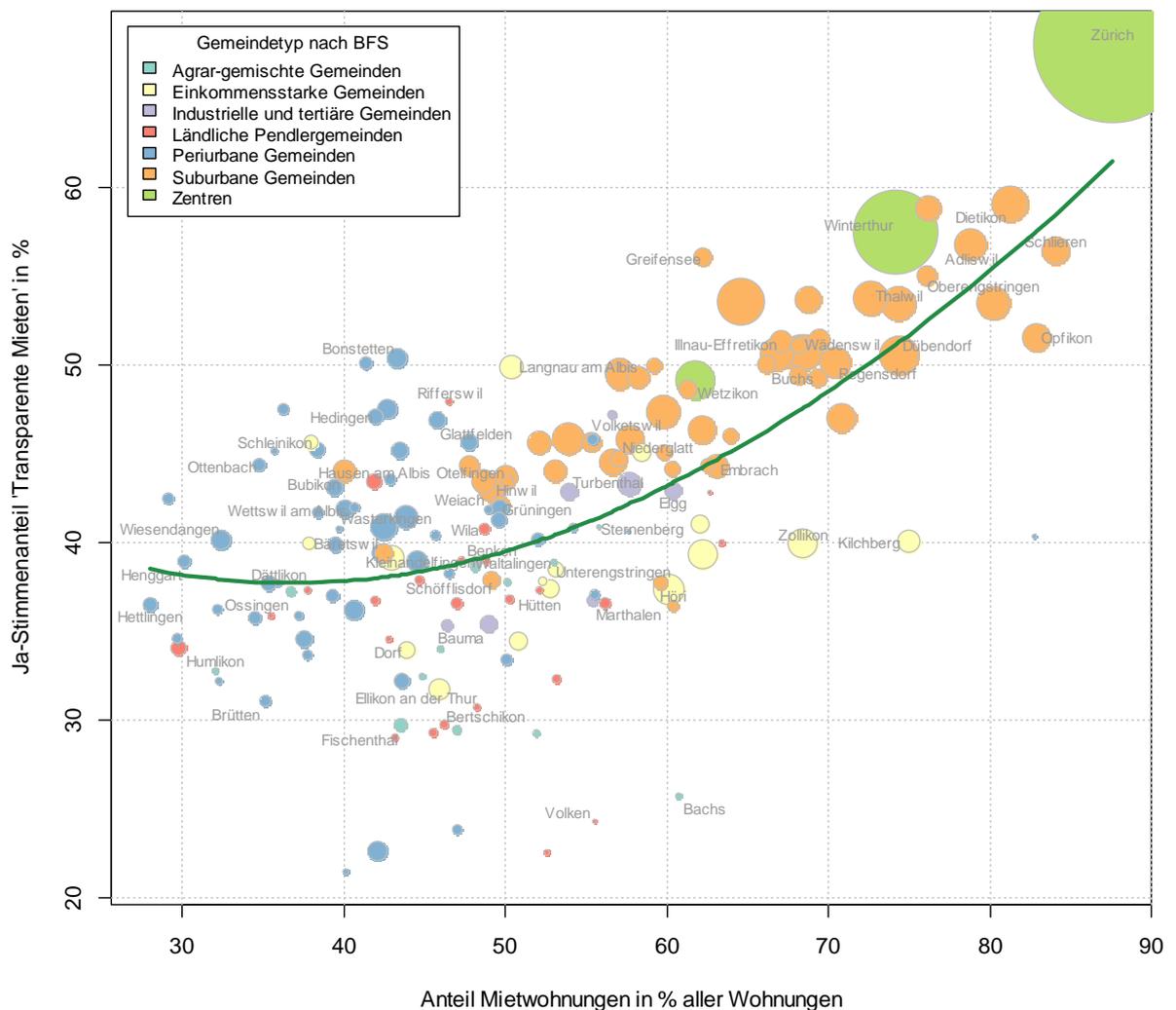


Lesehilfe: Die Höhe der Säulen veranschaulicht die relative Bedeutung der verschiedenen Einflussfaktoren in Prozent der Gesamtvarianz der abhängigen Variable, d.h. des Ja-Stimmenanteils der beiden Mietrechtsvorlagen. Die Säule rechts gibt die Resultate für die „Rechtsschutz für alle“-Initiative wieder, die Säule links jene für die Initiative „Transparente Mieten“. Wir verwenden hier die sogenannte „lmg“-Metrik als Mass für die Effektstärke der Variablen (Grömping 2007, 2009). Ein Regressionsmodell, das 100% der Varianz „erklärt“, würde jedes Gemeinderesultat fehlerfrei reproduzieren. Die Farbe zeigt, ob der Zusammenhang **positiv** (je mehr, desto mehr) oder **negativ** (je mehr, desto weniger) ist. Die Intensität der Farbgebung lässt erkennen, ob der Zusammenhang signifikant ist oder nicht.

Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Die Initiativen hatten die Mieter im Visier, eine relativ klar abgrenzbare gesellschaftliche Gruppe, die – wichtig für die Aggregatsdatenanalyse – räumlich im Kanton Zürich zudem ungleich verteilt ist. In den Grossstädten und suburbanen Gemeinden sind die Mieter in der Überzahl, mit zunehmender Ländlichkeit nimmt der Anteil der Eigenheimbesitzer zu. Man kann deshalb davon ausgehen, dass das Abstimmungsverhalten in dieser Frage wesentlich auch durch eigennützige Überlegungen beeinflusst wurde, genau wie das auch bei der Initiative des Hauseigentümergebundes vom vergangenen September zutraf. Grafik 3 veranschaulicht den offensichtlichen Zusammenhang zwischen dem Mietwohnungsanteil und dem Abstimmungsresultat.

Grafik 3: Mietwohnungsanteil und die Initiative „Transparente Mieten“  
Anteil Mietwohnungen am Total der Wohnungen in % (2010); Ja-Stimmenanteil der Initiative „Transparente Mieten“ in %.



Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Neben der Soziodemographie sind aber auch die beiden ideologischen Dimensionen von Bedeutung (siehe Grafik 2). Die Zusammenhänge sind dabei plausibel. Parolenmässig standen die befürwortenden Linksparteien (SP, Grüne und AL) in Opposition zu den beiden anderen ideologischen Polen im Zürcher Politikkoordinatensystem: dem nationalkonservativen (repräsentiert durch die SVP-Wähler) und dem marktliberalen (FDP). Der Mieterschutz polarisiert also nicht nur Stadt und Land, er ist auch ideologisch klar verortet. Die vergleichsweise beträchtliche Erklärungskraft der beiden Modelle (77% bzw. 74% der Gesamtvarianz) kommt nicht von ungefähr.

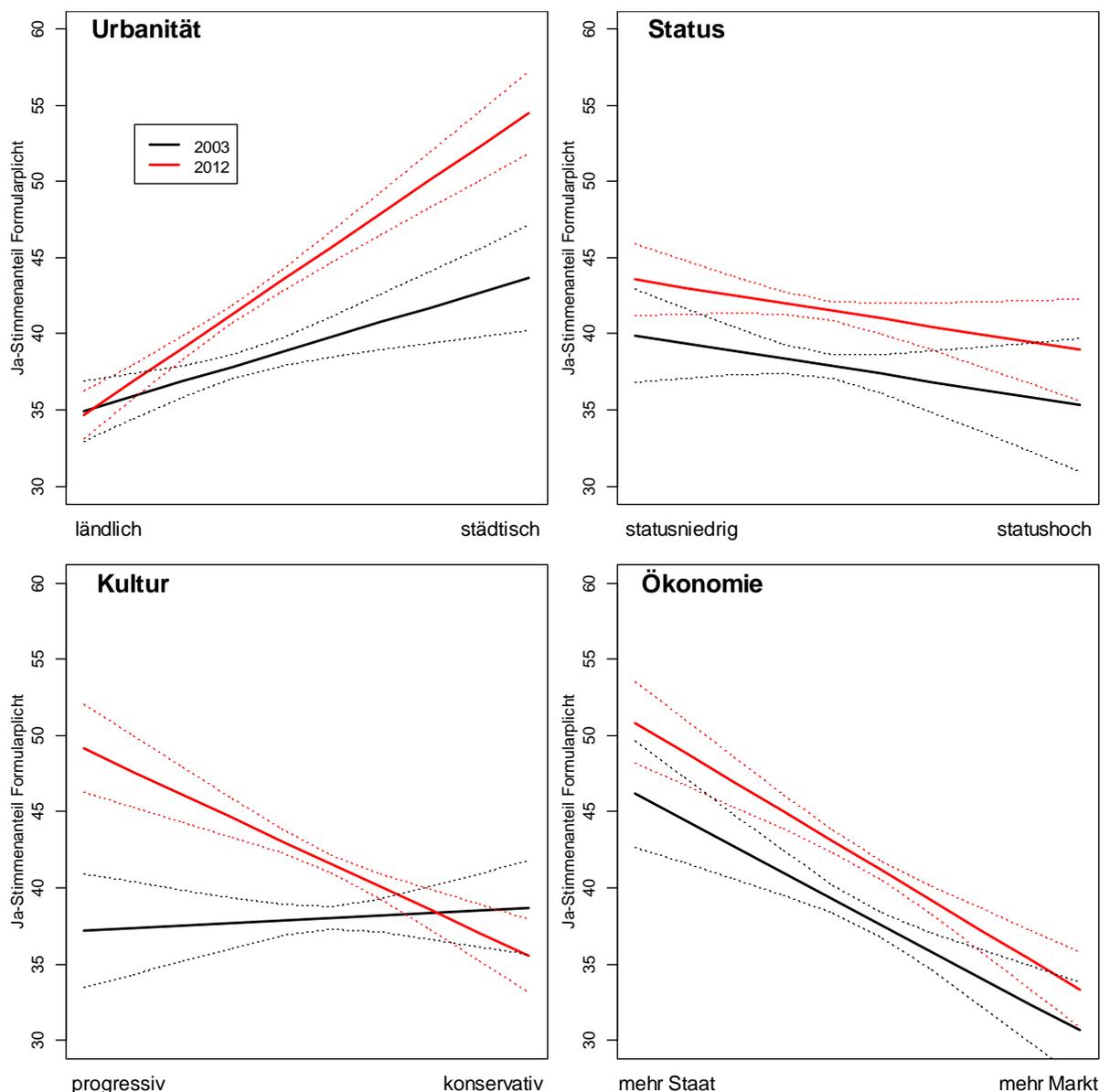
## Sinneswandel bei der Formularpflicht: Ein Erklärungsversuch

Wie eingangs bereits erwähnt, wurde die Formularpflicht 2003 abgeschafft. 2012 wurde sie nun wieder eingeführt. Das „Nein“ von damals ist also das „Ja“ von heute. Oder anders gesagt: 2003 sprachen sich 43.5% der Abstimmungsteilnehmer für die Formularpflicht aus (100%-56.5%), 2012 sind es nun immerhin 52.3%, also rund neun Prozentpunkte mehr.

Um die Frage zu beantworten, was sich seither verändert hat, haben wir das obige Standardmodell auch auf die 2003er-Abstimmung angewendet: In Grafik 4 werden die beiden zehn Jahre auseinanderliegenden Urnengänge verglichen.

Grafik 4: Einflussfaktoren der Zustimmung zur Formularpflicht 2003 und 2012

Marginale Effekte der Variablen des Standardmodells, Nein-Stimmenanteil der Abschaffung der Formularpflicht 2003, Ja-Stimmenanteil der Initiative „Transparente Mieten“ in %.



Erläuterungen: dargestellt sind die marginalen, d.h. multivariat bereinigten Effekte der Variablen des Standardmodells (erläutert in Moser 2009), in sogenannten effects-plots (Fox 2003 und Fox & Andersen 2006), 95% Vertrauensintervalle sind gepunktet eingezeichnet. Sie zeigen vereinfacht, wie die unabhängigen Größen mit dem Ja-Stimmenanteil zusammenhängen. So ist rechts oben im Feld „Urbanität“ ersichtlich, dass die Zustimmung in den sehr ländlichen Gemeinden 2003 wie 2012 im Schnitt bei etwa 35% lag.

Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Sie zeigt zum einen, dass sich bei zweien der Erklärungsvariablen, der soziodemographischen Statusvariable, und dem ökonomieideologischen Markt-Staat-Gegensatz der Gradient der Zustimmung nicht geändert hat. Der Status hat heute wie vor einem Jahrzehnt nur einen schwachen (gemäss Grafik 2 nicht signifikanten) Einfluss auf die Zustimmung zur Formularpflicht. Bloss das Niveau hat sich einige wenige Prozentpunkte nach oben verschoben, weil die Zustimmung 2012 generell höher war als 2003. Letzteres trifft auch beim Markt-Staat Gegensatz zu, allerdings ist dort der Gradient unverändert ausgeprägt negativ (mehr Markt = weniger Zustimmung), wie man das bei der Bewertung eines Instruments erwartet, mit dem letztlich ja ein zumindest indirekter Eingriff in die marktwirtschaftliche Handlungsfreiheit der Vermieter bei der Preisgestaltung beabsichtigt ist. Denn sonst würde sich die intendierte mietzinsdämpfende<sup>8</sup> Wirkung der Formularpflicht ja nicht einstellen.

Interessanter sind die Veränderungen bei den beiden anderen Einflussgrössen, dem kulturell-ideologischen Gegensatz zwischen progressiven und konservativen Gebieten des Kantons und dem Urbanitätsgrad. 2003 gab es noch keine Differenzen zwischen den progressiven und den konservativen Gebieten des Kantons in der Frage der Formularpflicht, die Gerade verläuft beinahe horizontal. 2012 hingegen war die Zustimmung in den Gemeinden, die eher progressiv eingestellt sind, hingegen deutlich grösser als in den konservativen. In den urbanen Gemeinden war die Formularpflicht bereits 2003 populärer als in den ländlichen; dieser Gegensatz hat sich 2012 akzentuiert, weil die Ja-Stimmenanteile in den Städten erheblich zugenommen haben, während sie auf dem Land etwa auf dem gleichen Niveau verharrten.

#### Druck auf die urbanen Wohnungsmärkte als Ursache?

In den Städten und unter den Progressiven ist die Formularpflicht heute also deutlich populärer als vor zehn Jahren. Da es sich dabei tendenziell um die Einwohner bevölkerungsstarker Gemeinden handelt, die für das kantonale Resultat auch ins Gewicht fallen, erklärt dies das Resultat vom 25. November, bzw. die Differenz zwischen den beiden Abstimmungsausgängen.

Wodurch wird diese Entwicklung verursacht? Möglich wäre es, dass eine gesellschaftliche Gruppe, hier die Mieterschaft, anteilmässig zugelegt hat, die dem Anliegen positiv gegenübersteht, weil sie davon profitiert. Diese Hypothese muss allerdings verworfen werden. Denn es sind nicht die Mieter, die zahlreicher geworden sind, sondern im Gegenteil die Hauseigentümer.<sup>9</sup> Dies vor allem wegen der starken Zunahme von Stockwerkeigentum gerade auch in städtischen Gebieten.

Mehr Stockwerkeigentum bedeutet weniger Mietwohnungen – und genau dies ist zusammen mit der der starken Zuwanderung, die sich ebenfalls auf den urbanen Mietwohnungsmarkt konzentriert (Amt für Wirtschaft und Arbeit 2012) einer der wesentlichen Gründe dafür, dass die Preise für Stadtmietwohnungen auf dem freien Markt in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen sind. Dies gilt zumal dann, man mit der Periode um 2003 vergleicht. Unter diesem Gesichtspunkt ist es plausibel, dass eine Massnahme wie die Formularpflicht, die sich genau auf dieses Segment des Marktes bezieht, heute in den urbanen Gebieten – und dank ihnen auch im gesamten Kanton – wieder mehrheitsfähig ist.

<sup>8</sup> Dieses Argument wurde von den Befürwortern der Initiative ins Feld geführt (Regierungsrat 2012).

<sup>9</sup> Personenbezogen können die Wohneigentumsverhältnisse der Zürcher Bevölkerung gegenwärtig aus den Daten des neuen Volkszählungssystems noch nicht berechnet werden. Die obige Aussage stützt sich auf einen wohnungsbezogenen Indikator, den das statistische Amt des Kantons Zürich publiziert (siehe auch Grafik 3).

## Literatur

- Amt für Wirtschaft und Arbeit, Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich (2012) [Hsg.]. Zuwanderung in den Kanton Zürich – Auswirkungen auf den Arbeits- und Wohnungsmarkt.
- Volksschulamt, Bildungsdirektion des Kantons Zürich (2004). Schulversuch Grundstufe, Rahmenkonzept.
- Fox, John (2003). Effect Displays in R for Generalised Linear Models. *Journal of Statistical Software*, Vol. 8, Issue 15.
- Fox, John und Robert Andersen (2006). Effect Displays for Multinomial and Proportional-Odds Logit Models, *Sociological Methodology* 2006, 36: 225-255..
- Grömping, Ulrike (2007). Estimators of Relative Importance in Linear Regression Based on Variance Decomposition. *The American Statistician* 61, 139-147.
- Grömping, Ulrike (2009). Variable Importance Assessment in Regression: Linear Regression Versus Random Forest. *The American Statistician* 63, 308-319.
- Moser, Peter (2005). Politik im Kanton Zürich – eine Synthese. *statistik.info* 2005/15, Statistisches Amt des Kantons Zürich.
- Moser, Peter (2009). Minarettinitiative und Regierungsratsersatzwahl – Eine Analyse der Zürcher Gemeinderesultate der Abstimmungen vom 29.11.2009. *statistik.info* 2009/12, Statistisches Amt des Kantons Zürich
- Moser, Peter (2010). Ausschaffung und Steuergerechtigkeit – Eine Analyse der Zürcher Gemeinderesultate der Abstimmungen vom 28.11.2010. *statistik.info* 2010/15.
- Moser, Peter (2011). „Wie der Kanton Zürich politisch funktioniert“. *Neue Zürcher Zeitung*, 8.3.2011.
- Moser, Peter (2012). Sicheres Wohnen im Alter und Jugendmusik – Eine Analyse der Zürcher Resultate der Abstimmungen vom 23.9.2012. *statistik.info* 2012/08.
- Regierungsrat des Kantons Zürich (2012). Abstimmungszeitung zu den Vorlagen vom 25.11.2012.

Das Statistische Amt des Kantons Zürich ist das Kompetenzzentrum für Datenanalyse der kantonalen Verwaltung. In unserer Online-Publikationsreihe „statistik.info“ analysieren wir für ein breites interessiertes Publikum wesentliche soziale und wirtschaftliche Entwicklungen im Kanton und Wirtschaftsraum Zürich. Unser Newsletter „NewsStat“ informiert Sie über unsere Neuerscheinungen in der Reihe "statistik.info" sowie über die Neuigkeiten in unserem Webangebot.

Fragen, Anregungen, Kritik?

Verfasser: Dr. Peter Moser  
Telefon: 043 259 75 35  
E-Mail: [peter.moser@statistik.ji.zh.ch](mailto:peter.moser@statistik.ji.zh.ch)

Statistisches Amt des Kantons Zürich  
Schöntalstrasse 5  
8090 Zürich

Telefon: 043 259 75 00  
Fax: 043 259 75 77

E-Mail: [datashop@statistik.zh.ch](mailto:datashop@statistik.zh.ch)

[www.statistik.zh.ch](http://www.statistik.zh.ch)

© 2012 Statistisches Amt des Kantons Zürich, Abdruck mit Quellenangabe erlaubt.